



Maurers «Hüftschuss» mobilisiert Sicherheitspolitiker

Nationalratskommission gegen Abbruch der Kampfflugzeugbeschaffung und für «notwendige Mittel»

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats lehnt den von Bundesrat Maurer beantragten vorläufigen Verzicht auf neue Kampfflugzeuge zurzeit ab. Der Antrag wurde nur von der Linken begrüsst.

wab. Bern · Bundesrat Ueli Maurer provokativer Antrag, die Flugzeugbeschaffung noch vor Abschluss des Evaluationsverfahrens abzubrechen, und seine Veröffentlichung durch eine Indiskretion haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Letzten Mittwoch hatte der Gesamtbundesrat vorerst abgewinkt und zusätzliche Informationen verlangt. Auch der Protest der Sicherheitspolitiker im Parlament liess nicht lange auf sich warten. Am Montag hat die zuständige Kommission des Nationalrats die ohnehin vorgesehene Behandlung der gegen die Flugzeugbeschaffung gerichteten Volksinitiative der GSoA für eine Aussprache über die Vorgänge im Bundesrat benützt. Sie hörte den Chef des Verteidigungsdepartements sowie Armeechef Blattmann, Luftwaffenchef Gyax und Ruag-CEO Braunschweiler an und fasste danach drei Beschlüsse.

Mit 18 zu 8 Stimmen entschied sie, dem Bundesrat in einem Brief zu empfehlen, auf den Teilersatz der alten Tiger-Kampfflugzeuge «im heutigen Zeitpunkt» nicht zu verzichten, sondern die Evaluation abzuschliessen und die inhaltliche Diskussion erst aufgrund des neuen Sicherheitspolitischen Berichtes, der bis Anfang nächsten Jahres vorliegen soll, zu führen. Im gleichen Stimmenverhältnis wird der Bundesrat aufgefordert, «der Armee die dringend notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie die verfassungsmässi-

gen Aufgaben erfüllen kann», wie Kommissionspräsident Bruno Zuppiger (svp., Zürich) an einer Medienkonferenz, an der auch die halbe Kommission aufmarschierte, bekanntgab. Mit 17 zu 8 Stimmen wurde ferner die GSoA-Initiative, die ein Moratorium für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bis Ende 2019 verlangt, zur Ablehnung empfohlen.

Nur die Linke applaudiert

Die Kommission entschied alle drei Punkte in klarer Links-Rechts-Front, wie Minderheitsvertreter Hans Widmer (sp., Luzern) offenlegte. Das bedeutet, dass nur Sozialdemokraten und Grüne Maurers Verzichtsantrag begrüsst. Für sie zeigte der Antrag, dass die Flugzeugbeschaffung «nicht absolut notwendig» sei – eine Interpretation, der die bürgerlichen Mitglieder widersprachen. Nach dem Kommissionsentscheid stellte Josef Lang (gp., Zug) klar, dass ein Rückzug der Initiative nun «in weite Ferne gerückt» sei.

«Die Armee geschwächt»

Bruno Zuppiger, Thomas Hurter (svp., Schaffhausen) als Präsident der Subkommission für die Flugzeugbeschaffung sowie Peter Malama (fdp., Basel-Stadt) interpretierten das Vorgehen von Ueli Maurer zwar als «Hilfeschrei» wegen ungenügender Finanzen und mangelnder Prioritätensetzung im Bundesrat. Der VBS-Chef habe seinen Antrag so präzisiert, dass er 2015 eine neue Evaluation starten und 2017 den Beschaffungsentscheid fällen wolle. Für die Kommissionsmehrheit wäre ein Übungsabbruch derzeit aber falsch.

Zuppiger sprach von einem «Hüftschuss», der die Armee im Inland und gegenüber dem Ausland schwäche. Die

Mängel der Armee 21 in anderen Bereichen, namentlich bei der Logistik und der Führungsunterstützung, seien erkannt und würden offen diskutiert. Die Kommission sei sich auch der Konsequenzen der Schuldenbremse bewusst. Die Sicherheit sei aber eine Kernaufgabe des Staates; es gehe daher nicht länger an, dass «mit jedem Sparprogramm zuerst bei der Armee gekürzt» werde. Dass Truppen ungenügend ausgerüstet einrücken müssten, dürfe nicht

mehr vorkommen. Wie viel Geld zusätzlich die Sicherheitspolitiker «ihrem» Bereich zuhalten möchten, liessen sie offen; man habe sich nicht auf Beträge festgelegt. Die Empfehlung, die Evaluation weiterzuführen, sei auch noch kein materieller Entscheid für die Flugzeugbeschaffung, erklärte Zuppiger. Maurer habe in der Kommission die Lücke auf 500 bis 700 Millionen Franken jährlich beziffert.

Verschärfter Verteilungskampf

Dass eine parlamentarische Kommission allein aufgrund eines per Indiskretion bekanntgewordenen Antrags interveniert und noch vor dem Gesamtbundesrat Position bezieht, ist ungewöhnlich. Die Intervention wie auch Maurers Antrag selbst zeugen vom Verteilungskampf um staatliche Mittel, der sich mit dem vom Bundesrat in Aussicht gestellten neuen Sparprogramm im Umfang von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr noch verschärfen wird. Sie zeugen aber auch vom Widerstand gegen den Auftrag, die Armee weiter zu verkleinern, den der Bundesrat noch vor Maurers Amtsantritt beschlossen hatte. Der Sicherheitspolitische Bericht soll die Aufgaben der Armee zeitgemäss definieren und zugleich den Abbau konkretisieren – eine Vorgabe, die verständlicherweise nicht nur Freude auslöste.